



# Grünes Polizei-Bashing hilft weder gegen Glaubwürdigkeits- noch Realitätsverluste

© DPoIG

## Inhalt

- 2 Landesvorstandsmitglieder informieren sich über neuen Taser
- 2 Ermittlungen gegen eingesetzte Kräfte des G20-Gipfels 2017 in Hamburg
- 3 Kreisverband Baden-Baden/Rastatt/Bühl im politischen Dialog
- 3 Bundeshauptvorstand 2023 in Frankfurt: Baden-Württemberg mit größter Delegation
- 4 Daran arbeiten wir
- 6 Jahreshauptversammlung in Esslingen – Alfred Seiter übergibt Kreisvorsitz an Johannes Pethke
- 6 Mitgliederversammlung im Hohenlohekreis – Verabschiedung verdienter Mandatsträger
- 7 Bezirkstagung Kurpfalz in Heidelberg – Dirk Neitzke übergibt Bezirksvorsitz
- 8 Bezirkstagung Ravensburg in Sigmaringen – Wechsel an der Spitze des Bezirksverbandes

Keine Frage, das Bild, das einzelne aktuell abgeben, könnte besser sein. Aber nach unhaltbaren Black-Lives-Matter-Vorwürfen von Saskia Esken (SPD) und Racial-Profilings-Vorwürfen der Parteilinken hat man den Eindruck, dass die Grünen mit ihrer scheinbar angeborenen Abneigung gegen die Polizei gerade versuchen, den eigenen politischen Glaubwürdigkeits- und Realitätsverlust mit zunehmenden Vorverurteilungen gegen die Polizei auszugleichen.

So kritisiert der Polizeisprecher der Grünen, Oliver Hildenbrand, die Führungsstruktur der Polizei und will Veränderungen. Was Herr Hildenbrand von den Grünen bemängelt, ist ein Konstrukt, das er und die Grünen selbst geschaffen haben, denn sowohl unter Grün-Rot, als auch nun mit Grün-Schwarz stellen sie die Leitung der Regierung und verantworten die heutige Führungsstruktur in der Polizei mit. Entgegen dem Rat der Deutschen Polizeigewerkschaft hat man 2014 die gesamte Polizeistruktur auf den Kopf gestellt. Früher waren übrigens Polizeipräsidenten überwiegend Juristen und deren Frauenanteil war höher. Es ist aber unredlich, jetzt die Polizeiführung für das zu kritisieren, was die politische Führung zu verantworten hat.

Hildenbrand spricht fortgeführt von rechten Chatgruppen. Dabei gehört zur Wahrheit, dass fast alle Straf-

anzeigen beispielsweise bei den Chatgruppen eingestellt wurden. Es gibt eben überhaupt keine Ansätze für rechte Chatgruppen oder „rechter Gesinnung“. Das Gegenteil ist der Fall.

Und am Rande bemerkt, kein Polizeibeschäftigter musste jemals eine so hohe Summe, wie der Innenminister mit 15 000 Euro Geldbuße bezahlen. Und es sind die Grünen und deren Ministerpräsident, die an diesem Innenminister festhalten. Es sind die Grünen, die sich die Polizei nach ihren Vorstellungen bastelten – dafür tragen sie auch die Verantwortung.

Fast mantraartig wiederholt der grüne Innenpolitiker die Kritik gegenüber den Personalvertretungen, die die Studie Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag des Polizeivollzugsdienstes (MEGAVO) abgelehnt hatten. Dabei verkennet er, dass Personalräte an Recht und Gesetz gebunden sind und nur dann etwas ablehnen können, wenn es dafür beachtenswerte Gründe gibt. Bemerkenswert ist dabei, dass wir Herrn Hildenbrand als Master der Psychologie gebeten hatten, sich den Fragebogen der MEGAVO-Studie anzuschauen und sich mit seiner Expertise einzubringen, was er wohl bis heute nicht getan hat. Dabei hatte übrigens Hildenbrand selbst 2013 unter anderem die „Abfrage der politi-

schen Gesinnung bei Polizisten in Baden-Württemberg“ kritisiert und nach Protesten von ihm und anderen hatte der damalige Innenminister Reinhold Gall (SPD) zurückgerudert.

Hildenbrand fordert eine Veränderung des Disziplinarrechts und führt dabei Fälle an, über die gerichtlich noch nicht entschieden wurde. Er verschweigt dabei wohl besseres Wissen, dass die Polizei immer wieder unter Beweis stellt, dass sie Fehlverhalten konsequent sanktioniert beziehungsweise jedem Sachverhalt nachgeht. Es obliegt in Baden-Württemberg der Judikative, den Gerichten, über Disziplinarmaßnahmen zu urteilen. Die unabhängigen Gerichte, wie die Disziplinargerichte bei den Verwaltungsgerichten und der Disziplinarsenat beim Verwaltungsgerichtshof, garantieren eine politisch neutrale Rechtsprechung. Das ist auch gut so, und wir dürfen auf keinen Fall mit jedem politischen Machtwechsel daran etwas ändern.

Dieses „grüne“ Verhalten ist unerträglich und verdient schärfste Kritik. Das hat mit einer Sachdiskussion nichts zu tun. Politisches Geplänkel hat dort eine klare Grenze, wo, wie hier, ein ganzer Berufsstand diskreditiert wird. Dafür ist die Arbeit der Polizei und ihre gesellschaftliche Verantwortung zu wichtig.

*Ihr/Euer Ralf Kusterer*

## Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger  
(V. i. S. d. P.)  
Telefon 07251.703-1510  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 0711.9979474-0  
Telefax 0711.9979474-20  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830

## Landesvorstandsmitglieder informieren sich über neuen Taser

### Uwe Grandel testet Taser 10

Frankfurt, den 18. April 2023. Anreisetag von Mitgliedern des Landesvorstandes zum Bundeshauptvorstand. Eine ideale Gelegenheit, um sich vor Ort bei der Firma Axon über neue Entwicklungen der Distanzelektroimpulsgeräte zu informieren.

Auf Einladung des Geschäftsführenden Direktors von Axon, Christian Scherf, konnte die Delegation der DPoIG Baden-Württemberg interessante Einblicke mit Livedemonstration in die Neuentwicklungen des Patenthalters der TASER-Technologie gewinnen. Im Mittelpunkt stand dabei die neueste Generation des Tasers – der T10.



## Ermittlungen gegen eingesetzte Kräfte des G20-Gipfels 2017 in Hamburg

### Zweifel an Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft

Der G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg war von starken Ausschreitungen begleitet. Mehr als 31 000 Polizeibeamtinnen und -beamte aus dem ganzen Bundesgebiet waren eingeteilt. Darunter auch Poli-

zeibeamte/-innen aus Baden-Württemberg.

Obwohl im Nachgang des Einsatzes zahlreiche Verfahren, auch gegen Einsatzkräfte des PP Einsatz aus Baden-Würt-

temberg eingestellt wurden, beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft Hamburg offensichtlich immer noch mit einigen Verfahren. Insbesondere solche, in denen noch die letzten Rechtsmittel offen sind. Betroffen sind auch Kolleginnen und Kollegen aus unserem Bundesland.

Erst vor wenigen Wochen erschien dann auch einer der Staatsanwälte mit Hamburger Ermittlungsbeamten und Un-

terstützungskräften aus Baden-Württemberg auf einer Dienststelle. Betroffene Beamtinnen und Beamte wurden ohne Benennung des Anlasses auf die Dienststelle beordert und verschiedenen Maßnahmen unterzogen, die selbst in der Polizeiführung auf Kritik stießen.

Darüber erfolgte jetzt ein intensiver Austausch mit Kollegen der Hamburger DPoIG.



> Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer (links) und dessen Stellvertreter Jürgen Engel, zugleich Kreisvorsitzender Göppingen beim PP Einsatz (Mitte), führten deshalb ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Hamburger Personalrats, Klemens Burzlaff (Zweiter von links), dem DPoIG-Landesvorsitzenden Thomas Jungfer (Zweiter von rechts), und dem ersten stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Joachim Lenders (rechts). Lenders war über viele Jahren hinweg Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft.



# Kreisverband Baden-Baden/Rastatt/Bühl im politischen Dialog

Zum ersten persönlichen Austausch nach der Coronapandemie traf sich der Kreisverband (KV) BAD/RA/Bühl unter seinem Vorsitzenden Dirk Preis mit den beiden CDU-Landtagsabgeordneten Tobias Wald und Dr. Alexander Becker.

Beim Polizeiposten Flughafen (Flughafen FKB) wurde in angenehmem Austausch „ohne Filter“ die aktuelle Lage bei der Polizei angesprochen. Besondere Themen waren unter anderem Personalmangel, Sanierungsstau, Gewalt gegen Hilfskräfte und besonders die schlechte finanzielle Situation bei unseren Tarifbeschäftigten.



> Andreas Faber, stellvertretender Vorsitzender im KV; Reinhold Schell, Vertrauensmann; Dr. Alexander Becker, Wahlkreis Rastatt; Tobias Wald, Wahlkreis Baden-Baden; Dirk Preis, Vorsitzender; Rüdiger Geiger, Vertrauensmann Pensionäre (von links)

© DPoIG BW

# Bundeshauptvorstand 2023 in Frankfurt Baden-Württemberg mit größter Delegation

Am 19. April 2023 tagte in Frankfurt der Bundeshauptvorstand. Dabei stellte die DPoIG Baden-Württemberg die größte Delegation. In großer Harmonie mit den Mandatsträger/innen aus ganz Deutschland widmete man sich aktuellen Themen und den gewerkschaftlichen Regularien.

Mit dabei, Bernd Menzel vom Kreisverband Esslingen, der beim letzten Bundeskongress zum Kassenprüfer gewählt wurde und jetzt in Frankfurt über die Kassenprüfungen berichtete.



> Die Delegation aus BW



> Ralf Kusterer

© DPoIG BW (5)

Mit dabei auch Rolf Fauser, Landesbeauftragter für die Kriminalpolizei, der sich im

Gespräch mit dem fachlichen Programmleiter von „Polizei 20/20“, Gerald Eder, über

verschiedene digitale Entwicklungen und Defizite austauschte.



> Bernd Menzel



> Rolf Fauser im Gespräch mit Gerald Eder



> Teilnehmer/innen der Bundeshauptvorstandssitzung



## Daran arbeiten wir

Die gewerkschaftliche Arbeit ist vielseitig. Die Liste der Themen, die wir bearbeiten, ist lang. In dieser Rubrik greifen wir einzelne Themen heraus, an denen wir (auch) aktuell weiterarbeiten.



Andreas Tanner,  
Bezirksvorsitzender  
Freiburg

© DPoG BW

### LebEL-Training

Mit der Abkürzung (LebEL) bezeichnet man lebensbedrohliche Einsatzlagen. Dabei handelt es sich zunächst um eine nicht eindeutig klassifizierbare Einsatzlage mit hohem Gefährdungspotenzial für das Leben von Opfern, Unbeteiligten und Einsatzkräften. Zur Vorbereitung auf solche Lagen werden seit mehreren Jahren in anderen Bundesländern die Polizeivollzugsbeamte/innen geschult. Überwiegend erfolgt das in besonderen Schulungszentren.

Mehrere Jahre später beginnt jetzt die Schulung auch in Baden-Württemberg. Nach Planungen des Innenministeriums erfolgt diese landesweit zentral in der Nähe von Mosbach. Private Räumlichkeiten werden angemietet. Alle Polizeibeamt/innen werden durch das ganze Land für circa drei Tage zur Schulung in den Odenwald fahren. Die Schulungen, die jetzt mit den Auszubildenden beginnen, werden von den Einsatztrainern der Präsidien durchgeführt.

Wir sind der Auffassung, dass man im Trainingszentrum fest zugeteiltes (Stamm-)Personal benötigt und nicht die Einsatztrainer ständig durch das ganze Land fahren lässt. Dabei geht es uns nicht nur um Umweltaspekte, sondern auch um die Belastungen für die Einsatztrainer/innen. Und es geht darum, gleiche Standards zu vermitteln.

Spannend ist die Frage, wie man nach der von uns abgelehnten Ausbildungsreform Auszubildende schult, die bisher nur die HfPol (Hochschule für Polizei) kennen und noch keinen Tag im Streifendienst waren.



Jürgen Vogler,  
Landessenioren-  
vertretung

© DPoG BW

### Beihilfe-Abrechnungen

Verwaltungsbeamte und Ruhestandsbeamte kennen die Probleme ebenso wie aktive Polizeibeamt/innen, die für deren Kinder oder/und Frauen Beihilfe-Abrechnungen vornehmen müssen. Nach dem Arztbesuch, Krankenhausaufenthalt oder dem Apothekenbesuch folgt die Rechnung, für die in Anspruch genommenen Leistungen.

Diese Rechnung muss entsprechend der Zahlungsfrist beglichen werden.

Einen Teil der Rechnung reicht man bei der Privaten Krankenkasse, beispielsweise bei der Debeka mit einer „App“ oder schriftlich ein. In der Regel erfolgt sehr zeitnah die Erstattung. Den anderen (weitaus höheren Anteil) reicht man beim Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) ein.

Die Wartezeiten in der Bearbeitung des Beihilfeantrags sind trotz Nutzung (wer es kann) verschiedener digitaler Möglichkeiten erheblich: 4 Wochen, 8 Wochen, 12 Wochen. Die Klagen der Betroffenen über die langen Bearbeitungszeiten reißen seit Wochen nicht ab.

Im wahrsten Sinne des Wortes ist das ein ärgerlicher „Dauerbrenner“. Leider fehlt dem Finanzministerium die Einsicht, dass es nur mit mehr Personal besser werden kann. Der Umgang mit Beihilfeanträgen ist und bleibt unprofessionell. Er führt zu hohen finanziellen Belastungen bei den Antragsteller/innen, gerade wenn man bedenkt, dass es oft um mehrere Tausend Euro geht.



## Die elektronische Patientenakte

Seit einigen Wochen ist die elektronische Patientenakte wieder in der Diskussion. In naher Zukunft soll diese in allen Bereichen eingeführt werden. Was für die allgemeinen Krankenversicherten gilt, muss noch lange nicht für Heilfürsorgeberechtigte gelten.

Immer wieder werden wir, insbesondere auch durch schwerbehinderte Menschen, darauf hingewiesen, welche Vorteile diese Patientenakte für sie haben könnte. Gerade auch in Notfällen scheint es angezeigt, dass durch weitere Informationen über eine elektronische Patientenakte eine bessere ärztliche Versorgung möglich ist. Und gerade eine optimale ärztliche Versorgung muss in unserem Interesse sein. Auch wenn damit eine Nachrüstung der „Krankenkarte“ erforderlich wird.

Wir alle wissen, wie schwer es in der Verwaltung ist, neue IT-Lösungen einzuführen. Es wäre sicher gut, wenn das zuständige Landesamt für Besoldung und Versorgung Partner sucht, die über entsprechende Erfahrungen im Gesundheitswesen verfügen.



## Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

Seit Jahren fordern wir die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage (132,62 Euro). Daran arbeiten wir weiter, auch wenn insbesondere der grüne Ministerpräsident hier keine Bereitschaft zeigt.

Die Bayern hatten die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage noch nie gestrichen. In den vergangenen Jahren hatten beispielsweise Sachsen und Nordrhein-Westfalen die Ruhegehaltsfähigkeit wieder eingeführt. Aktuell beabsichtigt die Bundesregierung für die Bundespolizeibeamten diese Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder vorzunehmen.

Die Belastungen des Polizeialltags enden nicht mit dem Ruhestand. Zahlreiche besondere Belastungssituationen, die Betroffene oft Jahre oder Jahrzehnte beschäftigen, können auch aus der beruflichen Befassung mit extremen Vorfällen resultieren, in deren Folge Informationen verarbeitet werden müssen, die schwer zu ertragen sind.



## Freifahrt im Bahnfernverkehr für die Kriminalpolizei

Seit Jahren setzen wir uns für die Freifahrt von Kripo-Beamten und -Beamtinnen ein. Viele Leserinnen und Leser erinnern sich an unsere Bemühungen und den Durchbruch im Zuge der Einführung der Kripo-Marke. Allerdings mit dem Makel, dass diese Freifahrten nur für Verkehrsverbünde galten. Schon das

49-Euro-Deutschlandticket ist mit der Nutzung des Job-Tickets (25 Euro) nur noch 24 Euro von einer komfortablen und landesweiten und nahezu unbegrenzten Nutzung des ÖPNV entfernt. Zumal es dem Innenministerium bisher nicht gelungen ist, die Ausweitung im gesamten ÖPNV einzuführen.

Ärgerlich ist weiterhin, dass eine Freifahrt nur für Schutzpolizist/innen im Fernverkehr möglich ist. Im Grunde kann man es fast schon als Skandal bezeichnen, dass der Innenminister nicht nur den Wert „nicht erkennbarer“ Kripo-Beamten/-Beamtinnen erkennt, sondern es nicht schafft, die Mitfahrt im Fernverkehr, beispielsweise von Mannheim nach Stuttgart (zum LKA) zu ermöglichen.



## Erhöhung der Polizeizulage

Neben der Forderung zur Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage fordert die DPoIG seit Jahren eine Anpassung der Polizeizulage an die Höhe der Bundespolizei. Es war der CSU-Bundesinnenminister, der nach bayerischem Vorbild die Anerkennung der polizeilichen Arbeit auch in die Tat umsetzte.

Während die Polizeizulage in Baden-Württemberg 132,62 Euro beträgt, erhalten Bundespolizeibeamte 228 Euro. Damit wollte Bundesinnenminister Seehofer die finanzielle Wertschätzung für diejenigen, die täglich den Kopf für die Sicherheit „hinhalten“ mit zum Ausdruck bringen.

Übrigens, Niedersachsen erhöht zum 1. Juli 2023 die Polizeizulage von derzeit 127 Euro auf 180 Euro. Damit will die dortige Landesregierung die Leistung ihrer Polizei besonders wertschätzen und würdigen.

## Jahreshauptversammlung in Esslingen Alfred Seiter übergibt Kreisvorsitz an Johannes Pethke

Am Donnerstag, dem 27. April 2023, fand im „Casino“ im Polizeigebäude Esslingen (Agnespromenade 4) die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Esslingen statt. Traditionell begann die Veranstaltung mit einem köstlichen Abendessen, was sicherlich zu der sehr angenehmen Atmosphäre der Veranstaltung beigetragen hatte, zu der viele Mitglieder erschienen waren. Aus Stuttgart war die Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert, aus dem Murgtal Dirk Preis (Mitglied im Geschäftsführen-

den Landesvorstand) und aus Pforzheim Ralf Kusterer angereist, der auch einen umfangreichen und interessanten Bericht abgegeben hatte.

Für Alfred „Adi“ Seiter sollte es die letzte Sitzung in der Funktion des Vorsitzenden sein, nachdem er über Jahrzehnte diesen Kreisverband erfolgreich geführt hatte. Mit ihm werden an diesem Abend weitere Mandatsträger ihr Amt in jüngere Hände geben, nachdem auch sie sich über Jahrzehnte aktiv im Kreisverband eingebracht hatten: manche wie

Kreisvorsitzender	Johannes Pethke
Stellvertreterin	Sandra Löffler
Stellvertreter	Alfred Seiter
Kreisgeschäftsführerin	Karin Bläsi
Schatzmeisterin	Bianca Mutzbauer
Kassenprüfer	Bernd Menzel
Kassenprüfer	Klaus Gaß
Tarifbeauftragter	Ralf Esenwein
Tarifbeauftragte	Karin Bläsi
Vertreter JUNGE POLIZEI	Dominic Paukovits, Nina Fellmann
Frauenbeauftragte	Tanja Koufogiorgis und Iris Gürtler
Seniorenbeauftragter	Oskar Sauer
Schriftführerin	Karin Bläsi

Vertrauensleute	
Kripo	Oliver Auras, Martin Rall, Iris Gürtler
PR Esslingen	Johannes Pethke, Alfred Seiter
PR Nürtingen	Andreas Steimle
PR Filderstadt	Sandra Löffler
PR Flughafen	Tanja Koufogiorgis
PR Kirchheim	Uwe Rautenstrauß
Verkehrspolizei	Simone Staib

Werner Josef Krejci über 15 Jahre in der Funktion des Kassensführers und zuvor noch länger als Kreisvorsitzender. Bernd Menzel, seit ebenso langer Zeit als Schatzmeister tätig und zuvor in anderen Funktionen. Aber, und das ist die wichtige Botschaft des Abends: Es wird ein erfolgreicher und gut aufgestellter Kreisverband an jüngere motivierte Kreisverbandsmitglieder übergeben, die sicher in guter Tradition, aber auch mit neuen Impulsen den Verband führen werden.

Nach umfangreichen Berichten zum Geschäftsbericht und zum Kassenwesen folgte die einstimmige Entlastung und die ebenso einstimmigen Wahlen des Kreisvorstandes.

Zahlreiche Ehrungen konnten durchgeführt werden, darunter der langjährige Tarifbeauftragte Ralf Esenwein, der amtierende ÖPR-Vorsitzende Oliver Auras und der scheidende Kreisvorsitzende Adi Seiter.



> Geehrte Mitglieder des Kreisverbandes Esslingen

## Mitgliederversammlung im Hohenlohekreis Verabschiedung verdienter Mandatsträger

Am Freitagabend, dem 28. April 2023, fand nach fast zweieinhalb Jahren im Landhotel Günzburg in Kupferzell-Eschental die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Hohenlohe statt. Der Kreisvorsitzende Werner Messerschmidt freute sich über zahlreich erschienene Mitglieder und Gäste. So waren der benachbarte Vorsitzende des Main-Tauber-Kreisverbandes, Jörg Reutter, der zugleich amtierende Vorsitzende des



> Ehrung langjähriger Mitglieder und Mandatsträger



örtlichen Personalrates ist, und der Landesvorsitzende Ralf Kusterer angereist.

Schon in seiner Einladung bedankte sich Werner Messerschmidt bei seinen Gästen für die Teilnahme und für die stets ausgesprochen gute Zusammenarbeit und ständige Unterstützung in allen Lagen. „Fragen, Probleme oder notwendige Unterstützungen würden auf kürzestem Wege und sehr zeitnah geregelt“, so der Vorsitzende, „wofür er sich auch bei der Landesgeschäftsstelle bedanken wolle.“

Darüber hinaus machte der Vorsitzende zu Beginn deutlich, dass das Ziel dieser Veranstaltung sei, den Kreisverband zukunfts-fähig aufzustellen, wobei er sich über die Bereitschaft insbesondere jüngerer Mitglieder freue, die sicher auch eine

zukunfts-fähige Aufstellung sicherstellen.

Zukunft ist meistens auch mit einem Blick zurück verbunden. Nach 25-jähriger Tätigkeit wurden der bisherige Schatzmeister Willi Noller und der Kassenprüfer Ernst Baudermann nun auch von gewerkschaftlicher Seite in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Der Vorstand dankte ihnen für die langjährige Mitarbeit mit einem kleinen Geschenk, verbunden mit der Hoffnung weiterer Treue zum Verband.

Es gab sechs Ehrungen für 25-jährige Mitgliedschaft und elf Ehrungen für 40jährige Mitgliedschaft. Die anwesenden Mitglieder wurden mit einer Ehrenurkunde, der Landesehrennadel in Silber oder Gold geehrt und einem Wein-präsent bedacht.

## Einstimmig gewählt wurden

Kreisvorsitzender	Werner Messerschmidt
Stellvertreter	Stefan Buchholz
Kreisgeschäftsführer	Timo Röber
Schatzmeisterin	Elaine Rupp
Kassenprüferin	Isabell Dambach
Kassenprüferin	Alice Geiger
Vertreter JUNGE POLIZEI	Fabian Filser
Beisitzer	Karl Jaag

Nach einem umfassenden Geschäftsbericht von Werner Messerschmidt folgte der routinierte Kassenbericht von Willi Noller und die „Absolution“ durch Kassenprüfer Ernst Baudermann, worauf die einstimmige Entlastung folgte.

Jörg Reutter und Ralf Kusterer gingen bei ihren Ausführungen auf präsidiumsinterne als auch auf landesweite und bundes-

politische Themen ein. Dabei trafen offenbar beide die Interessenlagen der Anwesenden und konnten in einer anschließenden Diskussion weitere Ausführungen zu einzelnen Fragen und Hinweisen geben. Bei bester Verpflegung und in gemütlicher Atmosphäre klang der Abend aus. Der kleine, aber zahlenmäßig wachsende Kreisverband ist gut gerüstet für die Zukunft.

## Bezirkstagung Kurpfalz in Heidelberg

# Dirk Neitzke übergibt Bezirksvorsitz

Am 28. April 2023 fand in Heidelberg die Bezirkstagung im DPoIG-Bezirksverband Kurpfalz (PP Mannheim) statt. Nachdem der amtierende Bezirksvorsitzende Dirk Neitzke im vergangenen Jahr in den Ruhestand gegangen ist und auch im Kreisverband Mannheim frühzeitig für seine Nachfolge gesorgt hatte, folgte nun auch der Amtswechsel im Bezirk.

Dirk Neitzke war der Mann der ersten Stunde, als man nach der Polizeistruktur 2014 im neuen Polizeipräsidium Mannheim einen Bezirksverband gründete. Obwohl er erst kurze Zeit vorher von der Bereitschaftspolizei und der dortigen Polizeischule Bruchsal zum PP Mannheim gewechselt war, übernahm er den Bezirksverband und den Kreisverband Mannheim. Dabei brachte er



> Ralf Kusterer, Frank Raisig, Dirk Neitzke, Sarah Leinert, Dirk Preis (von links)

seine bereits vorher erworbenen Kompetenzen und Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit erfolgreich mit ein. Vor ihm lag damals die schwierige Aufgabe, zwei große DPoIG-Kreisverbände des eigenständigen Präsidiums Mannheim beziehungsweise der Polizeidirektion Heidelberg und dem etwas kleineren Ortsverband

Sinsheim innerhalb Heidelbergs zusammenzuführen. Dass diese Aufgabe ihm bestens gelungen ist, kann man an dem heutigen Bezirksverband und dem äußerst guten Klima und der Zusammenarbeit der Kreis- und Ortsverbände in der Kurpfalz erkennen. Hinter Neitzke liegen zwei erfolgreiche Personalratswahlen und im wahrsten Sinne

des Wortes hinterlässt er ein gesundes Unternehmen, das auf seiner herausragenden Arbeit aufbauen kann. Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer würdigte die Leistungen von Dirk Neitzke, die leider nicht immer von bester Gesundheit begleitet waren, unter großem Beifall der Mandatsträger und Delegierten.

Zuvor erfolgten die Wahlen, bei denen der bisherige stellvertretende Bezirksvorsitzende Wolfgang Metzger im Amt bestätigt wurde und der Nachfolger Neitzkes im Amt des Kreisvorsitzenden Mannheim, Frank Raisig, auch zum Bezirksvorsitzenden gewählt wurde.

Die Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert und das Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, über-

brachten mit dem Landesvorsitzenden Ralf Kusterer die Glückwünsche des Landesverbandes, brachten die Hoffnung auf die Fortsetzung der sehr guten Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband zum Ausdruck

und sagten dem neuen Team die vollste Unterstützung zu.

In einer engagierten Diskussion erfolgte ein Austausch über aktuelle Defizite innerhalb des Polizeipräsidiums Mannheim und

der Polizei in Baden-Württemberg. Dabei rief der Landesvorsitzende dazu auf, Missstände, die offensichtlich nicht alleine vor Ort geklärt werden können, frühzeitig an den Landesverband heranzutragen. „Es ist wichtig,

dass wir im O-Ton von den Sorgen und Nöten erfahren, insbesondere wenn diese in den Polizeipräsidien unterschiedlich sind. Es ist ein Teil des Erfolges der DPoIG, dass wir uns diesen Problemen annehmen“, so Kusterer. ■

## Bezirkstagung Ravensburg in Sigmaringen

# Wechsel an der Spitze des Bezirksverbandes



Teilnehmer/innen der Bezirkstagung Ravensburg

Am Donnerstag, dem 11. Mai 2023, fand bei der Feuerwehr Sigmaringen die Bezirkstagung 2023 im Bezirksverband Ravensburg statt. Auch hier deutete sich ein Wechsel an der Spitze an, nachdem der amtierende DPoIG-Bezirksvorsitzende, Siegfried Traub, zugleich amtierender ÖPR-Vorsitzender und Mitglied im Hauptpersonalrat der Polizei, Ende September 2023 in den dienstlichen Ruhestand geht.

Aus dem ganzen Präsidiums-bereich waren die Delegierten und Mandatsträger angereist. Vom Landesverband nahm der Landesvorsitzende Ralf Kusterer, sein Stellvertreter im Hauptpersonalrat und Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, und die Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert teil.

Nach der Begrüßung und einem herzlichen Dankeschön an den

Sigmaringer Kreisvorsitzenden und stellvertretenden Feuerwehrkommandanten, Jürgen Bossert, für die Betreuung vor Ort im Feuerwehrranwesen, gab Siegfried Traub einen umfassenden Geschäftsbericht ab. Dabei ging er mit auf die Neuorganisation des Polizeipräsidiums 2020 ein und die damit verbundenen Herausforderungen. Gerne verwies er darauf, dass der Tagungsraum bei der Feuerwehr symbolträchtig ist, weil auch hier schon der Übergangspersonalrat 2014 getagt hatte und zahlreiche richtungsweisende Entscheidungen getroffen wurden. So auch an diesem Tag, an dem Siegfried Traub die Führung des Bezirksverbandes nach drei Jahren abgeben wird.

Natürlich nicht ohne den Dank des Landesvorsitzenden Ralf Kusterer, der in einer kleinen Ansprache das Wirken von Siegfried Traub in den verschiedenen Bereichen würdigte.

Begleitet von großem Beifall überreichte er dem scheidenden Bezirksvorsitzenden einen „echten“ Kusterer-Sekt vom Weingut Kusterer aus Esslingen.

Die große Einigkeit in den Kreisverbänden war gleich zu Beginn der Wahlen spürbar. Für den Vorsitz wurde der Kreisvorsitzende aus Ravensburg, Markus Haider, vorgeschlagen; zum ersten Stellvertreter Andreas Riess (Bodenseekreis), und als weiterer Stellvertreter der bisherige Stellvertreter im Amt, Jürgen Bossert (Sigmaringen). Alle drei Kandidaten wurden einstimmig gewählt und zeigten sich erfreut über das große Vertrauen.

Mehr als zwei Stunden wendeten sich die Delegierten gemeinsam mit den Vertretern des Landesverbandes den kleinen und großen Problemen der Polizei zu. Natürlich wurden die Skandale der Polizei und Politik dabei

nicht ausgespart und man fand klare Worte zur fehlenden politischen Verantwortungsübernahme und zu fehlenden Konsequenzen. Der Eindruck, den die Polizei auch im weit entfernten PP-Ravensburg-Bereich abgibt, ist mehr als schlecht; die Missstände und Führungsdefizite unterirdisch. „Fremdschämen“ mag der richtige Ausdruck dafür sein, den man diesem Eindruck zuwenden kann.

Einigkeit bestand auch bei vielen Lösungsansätzen, die der Landesvorsitzende zu einzelnen, teilweise persönlichen, Herausforderungen entgegensetzen konnte.

Am Ende konnten alle Delegierten und Mandatsträger in der Gewissheit die Heimreise antreten, dass auch dieser Bezirksverband zukunftsfähig aufgestellt ist und mit der neuen Führung engagiert die Aufgaben angeht. ■